

# 5,4 Milliarden für dringliche Projekte

**Bahnausbau** Der Bundesrat soll für weitere Botschaft zusätzliche Finanzierungsquellen prüfen

**Der Ständerat hat 5,4 Milliarden Franken für den Ausbau der Bahninfrastrukturen gesprochen. Er erhöhte den Kredit damit gegenüber dem Bundesratsvorschlag um 200 Millionen Franken. Zur Finanzierung weiterer Wünsche muss der Bundesrat Finanzierungsvorschläge unterbreiten.**

Bereits am Dienstag ist der Ständerat auf die Gesamtschau Finöv eingetreten und hat ein Massnahmenpaket für Leistungssteigerungen auf rund 20 Strecken gutgeheissen (MZ vom 4. Juni) und zudem den Bundesrat verpflichtet, bis 2010 eine weitere Vorlage über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) vorzulegen, also eine ZEB 2. In der Fortführung der Detailberatung ging es gestern vor allem um die Finanzierung dieser Projekte.

Für die ZEB 1, die unter anderem Leistungssteigerungen auf den Strecken Basel-Olten-Luzern, Winterthur-St. Gallen, Lausanne-Bern und Lausanne-Brig-Iselle beinhaltet, sah die bundesrätliche Vorlage 5,2 Milliarden Franken vor. Die Verkehrskommission des Ständerats verlangte auf Wunsch der Kantone eine Aufstockung um 200 Millionen Franken für Ausgleichsmassnahmen im Regionalverkehr. Diese Summe komme den tatsächlichen Kosten sicher näher, sagte Kommissionspräsident Peter Bieri (CVP/ZG). Rolf Büttiker (FDP/SO) verwies hingegen darauf, es handle sich nicht um eine Regionalverkehrsvorlage. Die kleine Kammer beschloss jedoch mit 19 zu 13 Stimmen den höheren Betrag von 5,4 Milliarden Franken.

**Mit oder ohne neues Geld?**

Bei der ZEB-2-Finanzierung ging es noch nicht um konkrete Zahlen, sondern um grundsätzlichere Fragen. Die Projekte müssten ohne neue Steuern, Abgaben und Verfassungs- oder Gesetzesänderungen finanziert werden, forder-



**EINIG IM ZIEL** Verkehrsminister Moritz Leuenberger und Ständerätin Anita Fetz. EDOUARD RIEBEN/REUTERS

te Büttiker. Ohne neue Finanzierungsquellen könnten die Bauprojekte frühestens 2027 in Angriff genommen werden, entgegnete Verena Diener (GLP/ZH). Bundesrat Moritz Leuenberger wies den Rat darauf hin, dass er zu konkreten Finanzierungsvorschlägen des Bundesrats immer noch Nein sagen könne, wenn die Botschaft vorliege. Der Ständerat sprach sich schliesslich mit 29 zu 6 Stimmen für zusätzliche Finanzierungsquellen aus. Im Sinne einer konkreten Anregung nahm er mit 29 zu 0 Stimmen auch den Einzelantrag von Didier Burkhalter (FDP/NE) an, der als mögliche Quelle die Bildung öffentlich-privater Partnerschaften (PPP) nennt. Nachdem klar geworden war und im Vertrauen

darauf, dass der Bundesrat möglichst alle im Raum stehenden Finanzierungsmöglichkeiten prüfen soll, zog Anita Fetz (SP/BS) einen eigenen Vorschlag zur Gewinnung zusätzlicher finanzieller Mittel zurück.

In der Fortsetzung der Detailberatung hiess der Ständerat mit 26 zu 18 Stimmen einen von Eugen David (CVP/SG) eingebrachten «Disziplinierungsartikel» gut, wonach die beschlossenen Streichungen im Konzept Bahn 2000 erst in Kraft treten, wenn die entsprechenden Ersatzlösungen im ZEB realisiert sind. Gemeint sind damit die 1987 vom Volk an der Urne gutgeheissenen Strecken Olten-Muttenz (Wisentunnel), Zürich-Winterthur (Brüttenertunnel) und die

Strecke Vauderens-Villars-sur-Glâne. Von den vier im Bahn-2000-Beschluss namentlich genannten Strecken ist erst die Neubaustrecke Mattstetten-Rothrist realisiert worden.

Diskussionslos passte die kleine Kammer weiter den Neat-Verpflichtungskredit auf die neusten Kostenschätzungen von 19,1 Milliarden Franken an. Das Reglement des Finöv-Fonds wurde dahin gehend geändert, dass die Rückzahlung der Bevorschussung nicht 2015, sondern nach der kommerziellen Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels beginnen soll. Dies gebe grösseren finanziellen Spielraum für die ZEB-Kernprojekte, sagte Bieri. Die Finöv-Gesamtschau geht damit an den Nationalrat. (AP/MZ)

**Nachrichten**

**Glamer Ex-SVPLer mit Fraktion**

Nach Vizepräsident Martin Landolt treten weitere Parlamentarier des Kantons Glarus aus der SVP aus. Die insgesamt acht Parlamentarier gaben gestern Donnerstag die Gründung einer eigenen Fraktion im Landrat bekannt, die vorerst «liberale Fraktion» heissen soll. Zusammen mit weiteren Kräften wollen die Parlamentarier auch eine neue Partei gründen. Diese Gründung soll mit anderen Kantonen, namentlich Bern und Graubünden, abgestimmt werden. (AP)

**Parlament Ärztestopp bis 2009 verlängert**

Die erneute Verlängerung des Ärztestopps ist bereinigt. Der Ständerat hat gestern Donnerstag der vom Nationalrat um ein Jahr verkürzten Frist bis Ende 2009 zugestimmt. (AP)

**Bischöfe Sexuelle Übergriffe thematisiert**

Die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) will die Zuständigkeiten im Falle von Anzeigen wegen sexueller Übergriffe durch Seelsorger klären. Die Richtlinien von 2002 würden diesbezüglich überarbeitet, sagte SBK-Präsident Bischof Kurt Koch gestern Donnerstag in Bern. Festgelegt werden soll, welche kirchliche Instanz nach einer Anzeige oder Verdächtigung für den Fall innerhalb der Kirche und gegenüber den Medien zuständig ist. (AP)

**Komitee Pro Eppenbergtunnel**

Startseite Co-Präsidium Mitgliederliste Gästebuch Kontakt Über uns Argumentarium Links Inhalt

Hauptmenü

- Argumentarium
- Presse
- Dokumente
- Stellungnahme Komitee

Herzlich willkommen am Portal zum Eppenbergtunnel

Wagen Sie einen ersten Blick in den Eppenbergtunnel der Bahn! Auf dieser Website präsentiert Ihnen das Komitee Pro Eppenbergtunnel Fakten und Hintergrundinformationen zur geplanten SBB-Neubaustrecke zwischen Däniken und Aarau. Der Eppenbergtunnel ist ein Bauvorhaben von herausragender Bedeutung für den nationalen Bahnverkehr in der Schweiz. Er beseitigt das letzte zweispurige Nadelöhr zwischen Zürich und Bern. Dank dem Eppenbergtunnel werden der Bahn auf der Strecke mit dem grössten Personenverkehrsaufkommen durchgehend vier Spuren zur Verfügung stehen. Der Eppenbergtunnel dient dem Fernverkehr auf der Ost-West-Achse und schafft gleichzeitig auf der Stammlinie mehr Platz für den Regionalverkehr zwischen Olten und Aarau. Die vorgesehene Linienführung berücksichtigt die Anliegen der direkt betroffenen Bevölkerung optimal. Darum stehen nationale, kantonale, regionale und kommunale Volkswertretinnen und -vertreter aus allen Parteien im Komitee Pro Eppenbergtunnel gemeinsam für ein grosses Ziel ein:

Mehr Zug durchs Mittelland – mit dem Eppenbergtunnel!

Rolf Büttiker, Ständerat Wolfwil  
Bea Heim, Nationalrätin Starnsriech-Wil  
Peter Hodel, Gemeindepräsident Schönenwerd

«PORTAL ZUM EPPENBERGTUNNEL» Seit kurzem bietet das Komitee für den neuen Bahntunnel zwischen Däniken und Aarau seine Argumente im Internet an. zvg

**www.eppenbergtunnel.ch**  
Internet Komitee mit eigener Website

Rechtzeitig auf die parlamentarische Beratung der ZEB-Vorlage (Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur) hat das Komitee Pro Eppenbergtunnel seine eigene Website aufgeschaltet: www.eppenbergtunnel.ch. Die Seite bietet unter anderem das Argumentarium für den neuen Bahntunnel zwischen Däniken und Aarau, die Mitgliederliste und die Stellungnahmen des Komitees, eine Reihe Presseartikel zum Thema und Links zu den offiziellen Dokumenten.

Das Komitee Pro Eppenbergtunnel wurde im Mai 2006 gegründet und vertritt die Forderung nach der Beseitigung des Eisenbahn-Nadelöhrs zwischen Olten und Aarau, mit täglich

530 Zügen eine der meistbefahrenen Strecken der SBB.

Das Co-Präsidium haben Ständerat Rolf Büttiker (Fdp/SO), Nationalrätin Bea Heim (SP/SO) und alt Ständerat Thomas Pfisterer (FDP/AG) inne. Dem Komitee haben sich über 20 Mitglieder der eidgenössischen Räte aus allen Parteien angeschlossen, darunter alle neun Vertreter/innen des Kantons Solothurn, die Städte Olten und Aarau sowie Gemeinden des Regionalvereins Olten-Gösgen-Gäu (OGG) und des Planungsverbandes Region Aarau (PRA). Die Koordination des Komitees obliegt dem Regionalverein OGG und der Wohnergemeinde Schönenwerd. (CVA)

# Der Ständerat ist wieder dran

**Personenfreizügigkeit** Weitere Runde zu Differenzen über Abstimmungsverfahren

**Die Ausdehnung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit der EU geht in die dritte parlamentarische Runde. Der Nationalrat hat am Donnerstag an zwei getrennten Vorlagen festgehalten. Im Gegensatz zum Ständerat will er zudem nach sieben Jahren ein Referendum ermöglichen.**

Hauptstreitpunkt zwischen den beiden Kammern bildet die Frage, ob die Ausdehnung und die Erweiterung der Per-

sonenfreizügigkeit in eine Vorlage verpackt oder in zwei getrennten Vorlagen behandelt werden sollen. Nachdem sich der Ständerat am Montag zum zweiten Mal für eine so genannte «Päckliösung» ausgesprochen hatte, stritten die Anhänger der beiden Varianten am Donnerstag im Nationalrat erneut darüber, welches die ehrlichere Lösung ist.

Vorab FDP und SVP befanden, das Volk müsse zu zwei Fragen zwei Antworten geben können. Für SP, Grüne, Grünliberale und CVP sagte Kathy Riklin (CVP/ZH), wer dem Volk eine Wahlfreiheit vorgaukle, handle verantwort-

ungslos. «Schlussendlich gibt es nur eine Personenfreizügigkeit», sagte sie. Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf betonte, beide Geschäfte seien in unmittelbarem Interesse des Landes. Die Paketlösung berge aber gewisse Risiken. Die grosse Kammer hielt schliesslich mit 106 zu 86 Stimmen an zwei getrennten Vorlagen fest. Das Stimmenverhältnis entsprach damit dem der ersten Runde.

Auch die Differenz, ob der Bundesrat nach sieben Jahren einen referendumsfähigen Bundesbeschluss vorlegen soll, geht in die dritte Runde. (AP)

Inserat

**Wohin man geht**

**Clevere Pendler leben hier**

«Fast so sonnig wie das Tessin. Nur viel günstiger.»

**www.wohnregion-olten.ch**

**Schnarchen Sie?**

**Ronchex® Schnarchspange Ihrer Gesundheit zuliebe!**  
Roncholine GmbH – 8262 Ramsen  
www.roncholine.com - Tel. 052 723 28 81

**Erfolgreiche Fernbehandlung bei Partnerwiederzusammenführung!**  
(Ohne Wissen des Partners) Diplomierter Schweizer Parapsychologe hilft sofort und zuverlässig seit über 25 Jahren. **Telefon 044 491 11 31**

**Werbung schafft Kontakte**

**VIEL GELD FÜR IHR GOLD!**  
Rent a Box - Schmuck und Uhren  
K. Morsello - Hauptgasse 7 - 4600 Olten  
Tel. 062 212 00 10 - senden oder bringen